

17. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, LINKE und PIRATEN
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses
vom 17. September 2014

zum

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1718
**Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
gerecht und transparent gestalten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/1718 – wird in folgender neuer Fassung angenommen:

Der Senat soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

1. die Landesparlamente in die Verhandlungen über die künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen, z. B. durch frühzeitige und umfassende Information, einbezogen werden,
2. die Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden, die Voraussetzungen in Ländern und Kommunen dafür zu schaffen, ihre Haushalte zu konsolidieren und die grundgesetzlich geregelte Schuldenbremse einzuhalten, und diese bis 2017 abzuschließen, um Bund, Ländern und Kommunen Planungssicherheit ab 2020 zu gewähren,
3. im Ergebnis der Reform kein Land schlechter gestellt wird als bisher und es einzelnen Ländern verwehrt bleibt sich auf Kosten anderer Länder besser zu stellen,
4. die Frage des zukünftigen Umgangs mit existierenden Altschulden von Ländern und Kommunen mit einbezogen wird und dabei die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds als ergänzende finanzpolitische Maßnahme der Schuldenbremse zu erwägen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2014 zu berichten.

Berlin, den 17. September 2014

Der Vorsitzende des Hauptausschusses

Frédéric Verrycken